

Politische Rundschau.

Zur Kaiserfrage.

Es beschäftigt sich, daß Staatssekretär Scheidemann an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet hat, in welchem er die Notwendigkeit darlegt, daß der Kaiser zurücktrete. In dieser Forderung haben Besprechungen der Parteien Ratte gefunden. Das Zentrum hat, wie schon mitgeteilt, in den Verhältnissen keinen Anlaß gesehen, sich die Forderung Scheidemanns zu eigen zu machen. Im Gegenteil. Denselben Standpunkt nehmen die Nationalliberalen ein. Der „Volks-Anz.“ glaubt konstatieren zu können, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gegen einen solchen Schritt sei.

Die „Abendliche Post“ schreibt zur Kaiserfrage: Wäre irgendwelche Aussicht, den Abgrund, der sich heute vor uns auftut, dadurch zu schließen, daß der Kaiser seine Krone, ja sich selbst zum Opfer brächte, man darf versichert sein, das Opfer wäre längst gebracht. Was den Kaiser veranlaßt, bliehe er an der Krone festzuhalten, das ist, des sind wir überzeugt, sein Pflichtgefühl in der Erkenntnis, daß das Opfer nicht nur vergeblich sein, sondern daß eine kaiserlose auch wieder eine schreckliche Zeit sein würde, eine Zeit der Anarchie und der staatlichen und völkischen Selbstzerfleischung.

Der Kaiser hat sich inzwischen in einem Erlaß an den Reichskanzler zur Neuordnung bekannt und zwar stellt er sich fest auf den Boden der Neuordnung. Er nimmt in feierlicher Form die Ueberordnung der Bürgergewalt über die Herrscherinstitutionen und alle die Verankerungen des Volksstaates in der Reichsverfassung, welche die Volksvertretung beschlossen hat, an. Damit wird künftig allen Versuchen einer Fronde, den Kaiser für eine Rückwärtsentwicklung des neuen Zustandes zu gewinnen, ein für allemal der Boden entzogen sein.

• **Blühender Ansturm.** Die „München-Münchener Abendzeitung“ stellt fest:

Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ unter der Überschrift „Eine Kaiserofferte der Wittelsbacher“ schreibt: „Wie wir erfahren, hat der bayerische Ministerpräsident zu Berlin den Anspruch der Wittelsbacher auf den deutschen Thron angemeldet, im Falle er von Kaiser Wilhelm II. verlassen werden sollte“, so wird an Münchens zuständiger Stelle diese Aßernheit als blühender Ansturm bezeichnet.

• **Die Schleswiger gegen Abtretungsgebühren.** Der Provinzialausschuß von Schleswig-Holstein hat eine Eingabe an die Staatsregierung gerichtet, in der er jegliche Abtretung nord-schleswiger Bodens mit aller Entschiedenheit ablehnt. Die Abtretung eines Teils von Nord-Schleswig würde treue bewährte deutsche Brüder wieder unter Fremdherrschaft bringen — ein nie zu fahndendes Unrecht!

Wann kommt der Friede?

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ hat in gut informierten Kreisen folgendes über das vermutliche Ende der Feindseligkeiten gehört: Die vorläufigste Schätzung des Kriegsendes war nicht später als Anfang Januar. Die Gemäßigten glauben Ende November sagen zu müssen, während einige davon überzeugt waren, daß der Krieg in der kommenden Woche zu Ende sein werde.

Der Kampf gegen den Frieden.

Die Pariser „Humanité“ bringt die Enthüllung, der Feldzug gegen den Frieden und speziell die Friedensvorschläge Wilson sei das Werk großer Verbände französischer Vereiner, die Clemenceau naheziehen und durch einen Geheimfonds gespeist werden.

Die deutsche Gesandtschaft aus Rußland zurückgezogen.

Die der Berliner „Lokal-Anzeiger“ führt, sind diese Tage die Reste unserer einst von Moskau nach Peking verlegten Gesandtschaft für Rußland lang- und langsam zurückzuführen worden.

Die Bedingungen für die Türken.

Als die Türkei ihr Friedensangebot hatte ergehen lassen und um Waffenstillstand nachschie, wurde von englischer Seite versichert, man werde der Türkei „milde Bedingungen“ aufzulegen. Wie diese milden Bedingungen aussehen, ergibt der jetzt wirklich abgeschlossene Waffenstillstand, der den Türken folgenden vorschreibt:

1. Öffnung der Dardanellen und des Bosporus, sowie des Ausganges nach dem Schwarzen Meer.

2. Angabe derjenigen Stellen, an denen sich Minenfelder und andere Hindernisse in den türkischen Gewässern befinden und Beseitigung dieser Minenfelder und Hindernisse, falls die Entente dies verlangt.

3. Alle verfügbaren Informationen über die Lage der Minenfelder im Schwarzen Meer müssen gegeben werden.

4. Alle allierten Kriegsgefangenen sowie internierte Armenier und Aßgefangene müssen nach Konstantinopel gebracht und bedingungslos zur Verfügung der Entente gestellt werden.

5. Sofortige Demobilisierung des türkischen Heeres mit Ausnahme derjenigen Truppen, welche für die Grenzüberwachung und für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern nötig sind. Später werden die Militären die Stärke des Heeres sowie die Einteilung desselben in Verbindung mit der türkischen Regierung feststellen.

6. Uebergabe aller Kriegsschiffe in den türkischen Gewässern und in den Gewässern, welche von den Türken besetzt sind. Diese Schiffe müssen in türkischen Häfen interniert werden. Ausgenommen sind kleine Fahrzeuge, welche für Polizeidienste oder andere Dienste in den türkischen Gewässern nötig sind.

7. Die Alliierten haben das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen, falls diese für die Sicherheit der Alliierten notwendig erscheinen.

Das neutralitätswidrige Luxemburg.

In französischen und belgischen Kreisen verlangt man den Rücktritt des Großherzogs von Luxemburg wegen Neutralitätsbruchs. Dieses Verbrechen soll darin liegen, daß sie ihren ehemaligen Lehrer, den früheren Reichskanzler Grafen Hertling zur Tafel geladen, und indem sie ferner zugegeben habe, daß die 19-jährige luxemburgische Prinzessin Antoinette sich mit dem bayerischen Kronprinzen verlobt habe! Vorschlag auf Einpeilung der Luftangriffe hinter der Front.

Die deutsche Regierung hat aus Gründen der Menschlichkeit und um wichtige Kulturzentren auf beiden Seiten zu erhalten, den Feinden durch Vermittlung der Schweiz vorgeschlagen, Luftangriffe hinter dem Operationsgebiet künftig gegenseitig zu unterlassen. Die deutschen Luftstreitkräfte haben schon Anfang Oktober entsprechenden Befehl erhalten. Trotzdem haben die Gegner noch in jüngster Zeit gegen eine Anzahl deutscher Städte Bombenangriffe unternommen, die zahlreiche Opfer unter der bürgerlichen Bevölkerung gefordert haben.

Keine Internierung der Bulgaren.

Unter den in Deutschland befindlichen Bulgaren ist die Ansicht verbreitet, daß sie demnach als feindliche Ausländer behandelt und interniert werden würden. Demgegenüber stellt W. L. B. fest, daß, trotz der Entfernung aller Deutschen aus Bulgarien, von deutscher Seite nicht beabsichtigt wird, den hier lebenden Bulgaren das Bürgerrecht zu kündigen.

Bekanntlich ist auch den hier lebenden Deutschen und Ungarn der freie Aufenthalt in Deutschland weiter gestattet worden.

Das Ende des ungarischen Königtums.

Die Verhältnisse in Ungarn entwickeln sich in der durch die Ereignisse vorgezeichneten Richtung mit großer Schnelligkeit. Der Thronfolger Karl IV. vollzieht Regierungshandlungen, die ihn selbst immer mehr ausschalten. So mußte sich das Ministerium Karolyi nach kaum 24-stündigem Bestehen infolge der Stimmung des ganzen Landes in der Frage Republik oder Monarchie verabschieden, vom König die

Entbindung vom Treueid.

zu fordern, die Kaiser Karl auch gewährte. Dann folgte ein Ministerrat, der beschloß, die Frage ob Königtum, ob Republik, ehestens durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Den Ausgang dieser Abstimmung hält man nach den anhaltenden Kundgebungen im ganzen Lande nicht für zweifelhaft.

Eine Kundgebung des Nationalrats.

Der Nationalrat werde dafür sorgen, daß innerhalb weniger Tage ein allgemeines, gleiches und geheimes, sich auf alle Männer und Frauen erstreckendes Wahlrecht geschaffen werde. Die gesamte Bevölkerung werde in 4 bis 6 Wochen in einer Abstimmung darüber entscheiden, ob die Monarchie bleibt oder ob die Mehrheit des Landes sich der republikanischen Staatsform anschließen wolle.

In den öffentlichen Lokalen, in den Theatern usw. erschienenen besondere Abstände des Nationalrats und verkündeten das große Ereignis:

König Karl, seines Namens der vierte apostolische König von Ungarn, werde das seit tausend Jahren bestehende ungarische Königtum abschließen.

Ungarn gegen Deutschland.

Ingolfen scheint die neue Regierung bei der Entente dadurch auf gut Betriebe zu verhalten, daß sie sich feindlich gegen Deutschland stellt. Sie verweigerte die Zurückhaltung aller österreichischen und reichsdeutschen Schiffe samt Ladung, darunter 20 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland und Oesterreich, ferner Erzladungen aus dem Kaukasus und Eisladungen aus Rumänien. Ferner wurde die Durchfuhr von Transportsmitteln nach Deutschland eingestellt, dadurch wird

8. Freie Verfügung über alle türkischen Häfen für die alliierten Schiffe, sowie über alle Häfen, welche von den Türken besetzt sind, und Verbot, daß die feindlichen Schiffe diese Häfen benutzen. Freie Benutzung aller Reparaturwerkstätten und Depots in allen türkischen Häfen und Arsenalen.

Die weiteren Punkte (insgesamt 25) betreffen die Kontrolle der Eisenbahnen, der Telegraphen, die Kriegsgefangenen, die Uebergabe der türkischen Garnison in Mesopotamien, Tripolis usw.

Punkt 23 bestimmt die Einstellung aller Beziehungen zu den Mittelmächten. Diese Bedingungen bedeuten, daß sich die Türkei mit Mann und Moch und Wagen ergibt; von ihrer staatlichen Selbständigkeit kann nicht mehr gesprochen werden.

Alle Deutschen müssen die Türkei verlassen.

Von größtem Interesse für Deutschland ist der Punkt 19 der türkischen Waffenstillstandsbedingungen. Er lautet:

„Alle deutschen und österreichischen Marine-, Militär- und Zivilpersonen müssen innerhalb eines Monats aus türkischen Gebieten entfernt werden. Die in eisernen Distrikten befindlichen Personen müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden.“

Wie im Waffenstillstandsvertrag mit Bulgarien, so wird auch in dem mit der Türkei vorgeschrieben, daß nicht nur die Militären, sondern auch die Zivilpersonen das Land in kürzester Frist verlassen müssen. Diese Bedingung ist für die Bevölkerung sehr hart, da die Frist von einem Monat für die entfernteren Gegenden ungenügend kurz ist.

In Voraussicht der kommenden Dinge hat unsere Delegation rechtzeitig die deutschen auf türkischem Boden in Europa kämpfenden Truppen in der Gegend von Konstantinopel gesammelt, sodas deren Abtransport in die Heimat keine allzu großen Hindernisse im Wege stehen.

für Deutschland der Abtransport von 500 Lokomotiven und 50 000 Waggons aus Rumänien ummöglich. Auch wird dadurch der Abtransport zweier Leutjäger Armeekorps, die zurzeit noch auf dem Balkan kämpfen, und den ungarischen Boden verteidigen, ummöglich. Auf dem DB-Bahnhof in Budapest war eine Weiterreise deutscher Militärpersonen ummöglich gemacht. Ein Zug mit deutschen Soldaten, die für die Balkanfront bestimmt waren, wurden auf dem Bahnhof entwaßnet.

rote Garde und Studentengarde in Wien.

Am Wiener Deutschmeister-Denkmal fand eine Versammlung der roten Garde statt. Über 500 Personen, Offiziere und Mannschaften mit roten Abzeichen, zuweilen aber auch mit schwarz-rot-goldenen Abzeichen, nahmen an der Versammlung teil. Korporal Gasser hielt eine Ansprache, in der er sagte, daß sich die rote Garde vorläufig dem Nationalrat unterwerfe. Er bemängelte die Zusammensetzung des Staatsrates, weil er zu wenig Sozialisten aufweise. Sodann wurde zum Parlament gezogen. Der Zug war mittlerweile auf mehrere tausend Personen angewachsen. Vor dem Parlament hielten die einzelnen Soldaten Reden, in denen sich die verschiedenen Richtungen geltend machten. Die einzelnen Parteien getrieben wiederholt hart aneinander.

In der Aula der Universität versammelten sich eine Anzahl von Hochschülern, darunter viele Offiziere aller Truppengattungen, um zur Bildung einer Studentengarde Stellung zu nehmen. Die Versammlung stimmte einer Entschlieung zu, in der die Versammelten sich bereit erklärten, den Hochschulschutz in seinen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen und sich dem Staatsrate zur Verfügung zu stellen.

Weltkriegsrevolutionärskomitee.

Einen Verband mit diesem schönen Namen wollen in einer Konferenz, die Anfang November in Moskau tagen soll, die Vertreter der „ausländischen kommunistischen Gruppen“ bilden.

Als Gegenstück hierzu kommt aus Kiew die Meldung von einem geplanten

Welt-Anti-Geheimes-Bund.

Die Regierung soll in geheime Verhandlungen mit den Vertretern der Entente eingetreten sei, die darauf hinzielen, sämtliche Regierungen der Welt für eine gemeinsame Koalition zum Kampfe gegen den Bolschewismus zusammenzuführen. Auf Vorschlag des englischen Vertreters verfasste Krasnow eine an die deutsche Regierung gerichtete Denkschrift mit der Mitteilung darüber, daß auf Vorschlag der Entente sich sämtliche Regierungen der Welt zum Kampfe gegen die Sowjets zusammenschließen sollten.

Verständliches.

W. Gericht gegen Gericht. Die neben den ordentlichen Gerichten wegen deren sehr langamen Arbeitsweise errichteten Erbsengerichte, Sachgerichte scheinen zum Teil einer klareren Aussicht zu bedürfen. Ein bei einem Berliner Richter eingetragener Beilager hatte wegen schlechter Behandlung die Lehre verlassen und wurde bald darauf zum Innungsmitglied hin bestellt. Dort fand eine „Verhandlung“ statt. Als später die Eltern die Lage beim Berliner Gewerbegericht einreichten, erfuhr sie von einem Urte 11 des Innungs-Schiedsgerichts, nach welchem die Auflösung der Lehre für unberechtigt angesehen wurde. Das Gewerbegericht „forderte“ aber von der Innung eine Abschrift dieses Urteils ein, und da stellte es sich heraus, daß als Richter in diesem Schiedsgericht der Innungsvorsitzende und der Neuant Jungleren. Der verurteilte Meister befehl sich auf diesen Schiedspruch, das Gewerbegericht belehrte ihn jedoch, daß der Spruch in ungeschicklicher Weise zustande gekommen sei.

Hier liegt also der Fall vor, daß der Vorsitzende eines dieser Erbsengerichte das andere Erbsengericht „belehrt“, daß es „ungeschickliche“ Sprüche fälle. Der Fall lag ja zweifellos vor, aber wohin soll es mit dem

Krieg und Wirtschaft

— **Schwerbeschädigte im Berufsleben.** Das Urteil gegen die Wiederbeschäftigung Schwerbeschädigter ist bei den privaten Unternehmern noch immer nicht ganz geschnitten. Obwohl die bisher gesammelten Erfahrungen die Verwendbarkeit solcher Leute einwandfrei nachgewiesen hatten. Daß diese Leute noch gut als Arbeiter ihr Fortkommen zu finden vermögen, das haben die Versuche in den technischen Betrieben gezeigt, so in den Munitionswerken, bei den Beschäftigungsämtern, in den militärischen Betrieben, wo die Heeresverwaltung selbst eine große Zahl von Kriegsbeschädigten mit gutem Erfolg beschäftigt. Die Postbehörde hat nach den neuesten Befstellungen fast 19 000 Kriegsbeschädigte eingestellt, worunter 3000 Schwerbeschädigte sich befinden. Ein neuerlicher Erlaß des Kriegsministeriums ordnet die tunlichste Veranschlagung der Schwerbeschädigten bei der Einstellung von Arbeitern in militärische Betriebe an; auch von den übrigen Behörden darf weitgehendes Entgegenkommen erwartet werden.

— **Kein Abbau der Schnellzugsfahrpreise.** Die Mitteilung, daß die deutschen Eisenbahnen einen Abbau der Bereuerung der Schnellzugsfahrpreise zum 1. April 1919 durch Herabsetzung um 50 v. H. beabsichtigen, ist unzutreffend. An zuständiger Stelle ist von einer solchen Absicht nichts bekannt. Die Bereuerung der Schnellzugsfahrpreise ist so gehalten (Gehaltung einer Schnellzugskarte der höheren Klasse), daß ihre Bereuerung jederzeit ohne weiteres möglich ist. Sie ist demnach in Aussicht genommen, sobald die Betriebsverhältnisse es zulassen. Leider ist die Betriebslage zur Zeit schwieriger denn je. Solange den Eisenbahnen die Beförderung wichtiger Lebensmittel, wie z. B. der Kartoffeln, noch Schwierigkeiten bereitet, kann an eine Aufhebung der Zuschläge nicht gedacht werden.